Landeshauptstadt Magdeburg – Der Oberbürgermeister –		Drucksache DS0480/12	Datum 13.11.2012
Dezernat: V	Amt 51	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	18.12.2012	nicht öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen FB 01	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Einrichtung von Koordinatorenstellen "Frühe Hilfen" in der Landeshauptstadt Magdeburg

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister beschließt:

- 1. Einrichtung von zwei Koordinationsstellen „Frühe Hilfen“ gemäß der Forderung aus dem Bundeskinderschutzgesetz (BKisSchG) unter der Organisationseinheit 51.3**
 - eine Stelle Sozialarbeiter/-in S 12 SuE → Personalkostendeckung aus Bundesmittel
 - eine Stelle Sozialarbeiter/-in S 12 SuE → Personalkostendeckung aus Umwidmung der Stelle 51.1.45500.0083.1

- 2. Die Umwidmung der Stelle 51.1.45500.0083.1 –S 12 SuE (Sozialarbeiterstelle Jugendgerichtshilfe SZ Südost) in eine wertgleiche Sozialarbeiter-Koordinationsstelle Frühe Hilfen zur Wahrnehmung neuer Aufgaben gemäß des Bundeskinderschutzgesetzes**

Finanzielle Auswirkungen

Organisationseinheit	51	Pflichtaufgabe	x	ja		nein
Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme					
		ja, Nr.		x		nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt					
2013	JA	x	NEIN			

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

TB5151 /DKPK

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
2013		51510000	50121000	X	42.000,00
2013		51510000	50221000	X	1.500,00
2013		51510000	50321000	X	8.100,00
2014		51510000	50121000	X	42.000,00
2014		51510000	50221000	X	1.500,00
2014		51510000	50321000	X	8.100,00
2015		51510000	50121000	X	42.000,00
2015		51510000	50221000	X	1.500,00
2015		51510000	50321000	X	8.100,00
2013		51510000	52711000	X	83.300,00
2014		51510000	52711000	X	105.500,00
2015		51510000	52711000	X	105.500,00
Summe:					449.100,00

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
2013		51510000	41400100	0	134.700,00
2014		51510000	41400100	0	157.200,00
2015		51510000	41400100	0	157.200,00
Summe:					449.100,00

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

Buchwert in €

Datum Inbetriebnahme:

Anlage neu	
	JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes(r) Amt/Fachbereich 51	Sachbearbeiter Hr. Krüger	Unterschrift AL / FBL Dr. Klaus
---	------------------------------	------------------------------------

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r) V – Hr. Brüning	Unterschrift
---	--------------

Termin für die Beschlusskontrolle	31.01.2013
-----------------------------------	------------

Begründung:

Mit dem Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG) wurde das Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) implementiert. Gemäß des § 3 Abs. 4 KKG unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Aus- und Aufbau der Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen durch eine zeitlich, auf 4 Jahre befristete Bundesinitiative, die entsprechend der Verteilung durch das Ministerium für Arbeit und Soziales, für die Landeshauptstadt Magdeburg im Jahr 2012 mit einer Förderung von 38.850 TEUR, im Jahr 2013 mit 134.868 TEUR und in den Jahren 2014 und 2015 mit je 157.169 TEUR verbunden ist. Nach Ablauf der Befristung wird der Bund auch weiterhin mit einer angemessenen Summe (analog der Fördersummen in 2014 und 2015) die Sicherstellung der Netzwerke bezuschussen.

Primär werden der Aus- und Aufbau bzw. die Weiterentwicklung von Netzwerken mit der Zuständigkeit für Frühe Hilfen und der Einsatz von Familienhebammen oder vergleichbaren Berufsgruppen gefördert. Erst wenn die Kommunen ein aktives Netzwerk für Frühe Hilfen und die Eingliederung der Familienhebammen oder vergleichbarer Berufsgruppen innerhalb des Netzwerkes Frühe Hilfen vorhalten, ist gemäß der Bundesinitiative vorgesehen, auch Mittel an freie Träger zur Umsetzung der Maßnahmen, der Förderung von Ehrenamtsstrukturen oder von Modellprojekten, die für die Zielgruppe als Regelangebot ausgebaut werden sollen, auszureichen.

Bereits mit der DS 455/11/12 wurde das Jugendamt aufgefordert, präventive Formen frühkindlicher Unterstützungen kurzfristig in die Wege zu leiten, um den präventiven Kinderschutz, insbesondere bezogen auf die 0 bis 3 jährigen Kinder in der Landeshauptstadt Magdeburg zu verbessern.

In den letzten Jahren starteten in vielen Bundesländern unterschiedliche Projekte zur Verbesserung des Kinderschutzes. Das in der DS 455/11/12 benannte Modell der Stadt Ludwigshafen entstand u. a. im Rahmen des 4-Länderprojektes „Guter Start ins Kinderleben“ und verfolgte das Ziel, mit einer verstärkten Prävention in der Langfristigkeit den Umfang der notwendigen Hilfen zur Erziehung (HzE) zurück zu setzen.

Ziel der Frühen Hilfen ist es, durch eine bereits in der Schwangerschaft initiierte frühzeitige Unterstützung ein gesundes Aufwachsen der Kinder bis zum dritten Lebensjahr (Zielgruppe der Bundesinitiative) zu fördern. Das frühzeitige Erkennen ermöglicht eine frühe Förderung, um in der Folge Gesundheitsrisiken, Vernachlässigungen oder auch Misshandlungen des Kindes abwenden zu können. Die Früherkennung erfordert u. a. einheitliche Indikatoren, schnelle Intervention in Krisensituationen, verbindliche Handlungsmuster und abgestimmte Informationswege sowie ein verlässliches Zusammenwirken aller Netzwerkpartner durch entsprechende Kooperationsvereinbarungen.

Das Jugendamt ist gemäß den Ausführungen des BKiSchG allein und ausschließlich für die durch Bundesmittel geförderte Koordination verantwortlich. Ziel ist es, in der Landeshauptstadt Magdeburg zwei Koordinationsstellen einzurichten, die gemäß der Zielgruppe von 0 bis 3 Jahren und im Vorfeld des sozialen Dienstes des Jugendamtes niederschwellig tätig werden. Entsprechende Zielstellungen und Arbeitsfelder sind im Anhang aufgeführt.

Da diese Fördermöglichkeiten aus der Bundesinitiative/Aufgaben des BKiSchG, insbesondere der personelle Einsatz für die Koordinationsstelle Frühen Hilfen, aus dem vorhandenen Personalbestand nicht mehr vollends realisiert werden kann, beantragt das Jugendamt für die zum 01.01.2013 avisierten zwei Koordinationsstellen ab dem 01.01.2013 die Bereitstellung einer zusätzlichen Personalstelle, die zu 100 % aus den Bundesmitteln gefördert wird.

Ein entsprechender Antrag u. a. für die Förderung der Personal- und Sachkosten für den Einsatz von Netzwerkkoordinatoren/-innen und deren Qualifizierung und Fortbildung liegt dem Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt/Zentrum „Frühe Hilfen für Familien“ bereits mit dem 30.10.2012 vor.

Die zweite Personalstelle soll durch Umwidmung/Zuordnung neuer Arbeitsaufgaben aus der Stelle 51.1.45500.0083.1(Sozialarbeiter Jugendgerichtshilfe – Sozialzentrum Südost) abgedeckt werden. Die bisherige Stellenplatzzinhaberin hat sich intern beworben und nimmt ab 01.12.2012 eine der zwei bis zum 31.08.2014 befristeten Stellen mit der Aufgabe des Familienintegrationscoaches wahr. Durch die Neubesetzung der Stelle 51.1.45500.0083.1 mit veränderten Arbeitsaufgaben, können die neuen und zusätzlichen Aufgaben des zum 01.01.2012 in Kraft getretenen BKiSchG in eine Koordinationsstelle Frühe Hilfen umgewandelt werden.

Gemessen an der Arbeitsbelastung im Bereich Persönliche Hilfen bzw. im Pflegekinderdienst, hier liegt seit März 2012 eine Überlastungsanzeige vor, kann mit einer strukturellen Veränderung im Bereich der Jugendgerichtshilfe bei gleichzeitigem Rückgang der Informationen durch die Polizei eine Stelle für die Sicherstellung der neuen Aufgaben durch das BKiSchG umgewandelt werden.

Das Jugendamt beantragt die Umwidmung und Neuzuordnung der Stelle 51.1.45500.0083.1 mit neuer Funktionsbezeichnung. Hinsichtlich der Bewertung ist keine Veränderung vorgesehen, da die Vergütung der Sozialarbeiterstellen der Koordinationsstelle analog der Jugendgerichtshilfe gesehen wird.

Anlagen:

Anlage 1 - Arbeitsziele der Koordinationsstelle Frühe Hilfen